

Unsere Meinung, die wir in diesem Brief zum Ausdruck gebracht haben, bekräftigen wir am 17. September, dem Tag der Wahl, indem wir bis vormittags 10 Uhr unsere Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland abgeben.

Im Auftrag der Vertrauensleute und Parteigruppenorganisatoren, Abgeordneten und Wirtschaftsfunktionäre. (Es folgen die Unterschriften aller Teilnehmer der Beratung.)

Quelle: „Tribüne“ vom 28. 8. 1961.

## DOKUMENT 361

### 10. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes Beschluß: „Die gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften bei der Durchführung des Deutschen Friedensplanes“

Berlin. (Eig. Ber.) Die Pressestelle des FDGB-Bundesvorstandes teilt mit:

Ende der Woche fand die 10. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB statt. Sie beschäftigte sich mit den gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlin-Frage. Das Befrat hielt der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Kollege Herbert W a r n k e.

An der Diskussion beteiligten sich 33 Mitglieder und Kandidaten des Bundesvorstandes. Als Vertreter des Zentralkomitees der SED nahm das Mitglied seines Politbüros, Bruno L e u s c h n e r an der Tagung teil. Als Gast war anwesend eine Delegation der Gewerkschaftsgruppe der Brigaden „Otto Krahnmann“ und „Anton Saefkow“ aus dem VEB Kabelwerk Oberspree. Das Schlußwort hielt das Mitglied des Präsidiums und Leiter des Sekretariats des Bundesvorstandes, Kollege R o l f B e r g e r.

Der Bundesvorstand nahm den Beschluß „Die gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften bei der Durchführung des Deutschen Friedensplanes“ an.

Quelle: „Tribüne“ vom 28. 8. 1961.

## DOKUMENT 362

Aus: „Die gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften bei der Durchsetzung des Deutschen Friedensplanes“

Beschluß der 10. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB

Größere Anstrengungen für den Frieden und die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik heißt heute im sozialistischen Wettbewerb vor allem

den Volkswirtschaftsplan in allen Positionen zu erfüllen; unsere Wirtschaft störungsfrei zu machen;

die Fertigung von Erzeugnissen von hoher Qualität zur Ehrensache jedes Werktätigen zu machen und um die Erringung des Gütezeichens und des Ansehens der Fabrikmarke einen beharrlichen Kampf zu führen;

mit höchster Produktivität zu arbeiten, die vorhandenen Kapazitäten maximal auszulasten und die Arbeitszeit in vollem Umfang produktiv zu nutzen;

die vorhandenen Rohstoffe mit dem größten ökonomischen Nutzen zu verwenden und sparsam zu wirtschaften;

die sozialistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin zu festigen und die betriebliche Ordnung streng einzuhalten;

die planmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern zu gewährleisten und die Reparatur und Dienstleistungen zu verbessern.

Die Verantwortung der Gewerkschaften als Schulen des Sozialismus erfordert, als entscheidende Voraussetzung zur Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht, die Frage nach dem Verhältnis unserer Gewerkschaftsmitglieder zur Arbeit an ihrem Arbeitsplatz klassenmäßig zu stellen.

Die Vertrauensleute der Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke drückten das in ihrem Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR so aus:

„Klares Denken muß sich in klarem Handeln ausdrücken. Jeder der bummelt, Ausschluß macht oder Material verschwendet, die Arbeitszeit nicht ausnutzt, Planrückstände und Unordnung duldet, die Wachsamkeit vernachlässigt, die Disziplin durchbricht oder Verbesserungsvorschläge mißachtet, hilft, ob er will oder nicht, den Militaristen.“ So wie das hier geschieht, sollte in allen Gewerkschaftsgruppen mit den Mitgliedern über die Fragen der sozialistischen Arbeitsmoral, der Arbeitsdisziplin und der vollen Ausnutzung des Arbeitstages offen gesprochen werden. Arbeitsbummelei, Schlendrian, liederliche Arbeit widersprechen der Klassenehre der Arbeiter. Wer gut arbeitet, arbeitet für den Arbeiter- und Bauern-Staat. Wer schlecht arbeitet, unterstützt die Bonner Ultras. Unmoralisch vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist auch, von der Gesellschaft mehr zu nehmen, als man leistet. Deshalb treten die Gewerkschaften im Interesse der ganzen Klasse und jedes einzelnen Arbeiters entschieden dafür ein, daß die Arbeitsproduktivität entsprechend dem Volkswirtschaftsplan immer schneller steigt als der Durchschnittslohn. Wo dieses Verhältnis zur Zeit noch verletzt wird, ist es Sache der Gewerkschaftsleitungen, ihre Mitglieder zu mobilisieren, damit die Arbeitsleistungen an den gegenwärtigen Lohn herangeführt werden.

Der Bundesvorstand verpflichtet die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, den sozialistischen Wettbewerb in ihren Wirtschaftszweigen so zu organisieren, daß unsere Wirtschaft bis zum Jahresende störungsfrei wird und die immer bessere Versorgung der Bevölkerung gesichert ist. In der Grundstoffindustrie kommt es darauf an, den sozialistischen Wettbewerb auf die Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1961 bei gleichzeitiger hoher Qualität der Erzeugnisse zu orientieren.

In der metallverarbeitenden Industrie sowie in der Leicht- und Lebensmittelindustrie kommt es darauf an, den Volkswirtschaftsplan 1961 Sortiments- und termingerechtere zu erfüllen, eine hohe Qualität der Erzeugnisse zu erreichen, alle Exportverpflichtungen zu realisieren und die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Das verlangt, daß alle Probleme, die mit dem Wettbewerb im Zusammenhang stehen, in enger Zusammenarbeit zwischen den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften und dem Volkswirtschaftsrat abgestimmt und die sich daraus ergebenden Aufgaben vor den Arbeitern in den Mitgliederversammlungen und in den Ständigen Produktionsberatungen und Neuerberatungen gründlich erläutert werden.

In jedem Betrieb muß jeder Arbeiter seine Planaufgaben für den Tag, für die Dekade und den Monat genau kennen. In jeder Dekade sind die Arbeitsergebnisse öffentlich bekanntzugeben. Es ist Rechenschaft darüber abzulegen, wie Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre geholfen haben, damit die Arbeiter ihre Verpflichtungen im Wettbewerb erfüllen können.

Quelle: Beilage zur „Tribüne“ vom 1. 9. 1961.